

Thema

Die Folgen des Ja zur Masseneinwanderungsinitiative

«Auf EU-Seite tönt es sehr mild»

Für den SVP-Strategen Christoph Blocher sind Prognosen für einen Wirtschaftseinbruch nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative Unsinn. Er glaubt, dass weder die Schweiz noch die EU bilaterale Verträge kündigen.

Interview: Andreas Valda

Sie haben Westschweizern in der «Basler Zeitung» vorgeworfen, «ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz» zu haben. Sind Romands schlechte Patrioten?

Nein, aber weniger Bewusstsein für die Schweiz haben sie. Das ist eine Feststellung, kein Vorwurf. Die Welschen sagen es andersherum: Die welsche Schweiz sei offener und betrachte sich oft als isoliert. Die Abstimmung vor zwanzig Jahren zeigte, dass sie damals am liebsten der EU beigetreten wären. Seitdem hat sich die Haltung zum Glück aber auch in der welschen Schweiz abgeschwächt.

In der Waadt und in Genf hat es viele Ausländer und Grenzgänger. Die Wohnungsnot ist gross, Strassen sind verstopft, Züge voll. Und trotzdem haben sie Nein gesagt. Zürich das Gleiche. Basel das Gleiche.

Städter eben. Die politische Ausrichtung der Städte ist leider grün-links. Die wollen, wie die SP im heutigen Programm schreibt, in die EU.

Umgekehrt stimmten Dörfer und Bezirke Ja, wo eine Handvoll Ausländer leben. Zuwanderung ist für die doch ein Phantomproblem. Da ging es nur um Ideologie.

Das haben Sie recht. Es ging um eine Abstimmung für und gegen das Selbstbestimmungsrecht.

Ein Dorf mit hundert Einwohnern und einem Ausländer, welchen Grund hat es, dagegen zu sein?

Der Dörflier will unter sich sein, selbst bestimmen und nicht, dass sein Land weiter überbaut wird.

Aufs Land zieht ja niemand. Die Städte wachsen.

Nein. Die Bauten gehen hinaus in die Dörfer. Wenn man jedes Jahr Ausländer im Umfang der Stadt Luzern einwandern lässt, wird auch das Land immer mehr überbaut werden.

Mit dieser Initiative haben Sie doch das Volk verführt.

Nein. Ich habe dem Volk die Missstände der Personenfreizügigkeit benannt. Doch die Bevölkerung wusste um die Missstände. Viel Zeit brauchte ich, um zu erklären, dass die vorgeschlagene Lösung zur Begrenzung der Ausländer funktioniert. Die politische Führungsriege machte daraus eine Vertrauensabstimmung und hat sie verloren.

Nach dem Ja gibt es einen Schock in der Wirtschaft. Der Vorteil stabiler Wirtschaftsbedingungen ist weg.

Es hat sich nichts wesentlich geändert.

Die Aussicht auf bilaterale Verträge mit der EU ist mit einem Schlag weg.

Alle sind noch gültig. Auch wenn jeder einzelne gekündigt werden kann.

Die Schweiz wird gezwungen werden, sie zu kündigen.

Das auch nicht. Das Volk gab den Auftrag, die Verträge neu zu verhandeln. Wenn Sie Mieter sind, dann können Sie doch den Mietvertrag neu aushandeln, wenn der Preis zu hoch ist. Allein der Wunsch, einen Vertrag neu zu verhandeln, ist kein Vertragsbruch.

Ein erfolgreicher Unternehmer und Politiker schrieb mir: Herr Blocher weiss, dass, will man einen Vertrag ändern, man sich von der Gegenseite abhängig macht.

Wieso? Wenn ich einen Vertrag habe, und ich stelle den Vertragspartner vor die Alternative zu revidieren oder zu kündigen, bin ich nicht abhängig.

Weil die Schweiz kündigt.

Im Worst Case vielleicht. Na und? Man hat dem Volk während zehn Jahren ver-



Christoph Blocher im Hotel Ermitage in Schönried im Berner Oberland. Foto: Raffael Waldner (13 Photo)

sprochen, dass die Schweiz den Vertrag über die Personenfreizügigkeit kündigen kann, wenn es Schwierigkeiten gibt. Und nun gibt es sie.

Die Ökonomen der CS warnen vor einem schrumpfenden Bruttosozialprodukt...

Unsinn! Hatten wir denn vor 2007, vor Einführung der Personenfreizügigkeit, ein schrumpfendes Bruttosozialprodukt? Was sind das nur für Unternehmer, die jetzt die «Unsicherheit» beklagen. Verdammt noch mal, wir arbeiten doch jeden Tag mit der Unsicherheit.

Etwa die Bauwirtschaft. Auf einen Schlag wird die Nachfrage fehlen.

Sind Sie der Meinung, dass wir jetzt jedes Jahr 30 000 Wohnungen bauen müssen nur für die Zuwanderung? Mann kann nicht die Grenzen öffnen, nur damit man bauen kann.

Wir hatten ständig Zuwanderung und sind doch gewachsen. Und wir

sind das einzige Land in Europa, das nicht in die Rezession fiel.

Aber nicht dank der Personenfreizügigkeit. Die hatten die anderen Europäer auch. Wenn weniger zuwandern - was wir ja wollen -, wird die Bauwirtschaft sicher klagen. Ich habe gesehen, dass die Börsenkurse der Bau- und Immobilienkonzerne gefallen sind nach dem Sonntag. Das könnte darauf zurückzuführen sein.

Freut Sie das?

Nein, ich bin selbst an solchen Firmen beteiligt. Aber es droht eine Immobilienkrise wegen überhitzter Preise.

Wenn man der Schweizerischen Nationalbank glaubt...

Diese Krise hatten die anderen Europäer auch. Wenn weniger zuwandern, wird die Bauwirtschaft sicher klagen. Kurzfristig wird die Rekrutierung aus dem Ausland wegen des Vorrangs des schweizerischen Arbeitsmarktes etwas mühsamer. Aber das haben wir alles bis

2007 auch schon gehabt. Wirtschaft und Beschäftigung waren erfolgreich. Langfristig wird die Schweizer Wirtschaft nur gewinnen. Das zeigte sich auch 1992, als ich vor der Abstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum das ganze Establishment gegen mich hatte. Aber schon 2004, als ich im Bundesrat war, kamen die gleichen Konzerne und rieten mir, den EU-Beitritt um jeden Preis zu verhindern. Die Unabhängigkeit ist ein Prinzip, das man wegen kleiner Vorteile einer erleichterten Einstellung von Ausländern nicht aufs Spiel setzt.

Der Export wurde erleichtert, die Schweizer Wirtschaft profitierte.

Ich sage nicht, dass alle bilateralen Verträge falsch sind. Die meisten dienen auch der Schweiz. Sie werden sehen: Es werden keine Verträge gekündigt werden.

Bis jetzt tönt es aber anders.

Auf EU-Seite tönt es sehr mild. Ich hätte erwartet, dass die EU am Montag sagt:

Wir kündigen sämtliche Verträge und schliessen sämtliche Pforten. Das sagten sie nicht.

Wenn wir der EU so viel zu bieten haben, wo ist denn die Lobby in den EU-Ländern, die auf Brüssel Druck aufsetzt, damit neue bilaterale Verträge zustande kommen?

Sobald die Verträge gefährdet sind, wird diese Lobby kommen. Beginnen wir beim Landverkehr...

Die Schweiz kann doch über den Brenner oder den Montblanctunnel leicht umfahren werden.

Der Brenner ist viel weiter und kostet einen Transporteur viel mehr. Man weiss, dass ein Alptransit pro Lastwagen etwa 1000 Franken kosten sollte. Die EU erhält ihn dank Verkehrsvertrag für etwa 300 Franken. Vielleicht haben gewisse EU-Politiker diese Zusammenhänge nicht begriffen, aber die betroffenen Branchen sind nicht dumm.

Würden Verkehrsminister Druck auf Brüssel ausüben?

«Langfristig wird die Schweizer Wirtschaft nur gewinnen.»

Nicht primär die Minister. Jedes Transportunternehmen und jedes Industrieunternehmen würde gegenüber der eigenen Regierung Klartext sprechen.

Zu den Kontingenten. Der Arbeitgeberverband rechnet mit 190 000 Bewilligungsgesuchen pro Jahr. Wollen Sie das?

Ich weiss nicht, ob die Zahl stimmt. Die ist auch nicht entscheidend. Wenn 200 000 wieder nach Hause gehen, wäre der Saldo sogar negativ und nicht plus 84 000 wie 2013. Letztes Jahr sind aber nur 68 000 ausgewandert. Zum Teil auch wegen unserer Sozialleistungen. Ein Portugiese, der in Portugal ein Jahr arbeitete, dann in die Schweiz kommt und hier nach einem Monat arbeitslos wird, hat Anrecht auf Arbeitslosengeld. Sollte eine Rezession kommen, dann gehen diese Leute mit der Personenfreizügigkeit nicht nach Hause.

Ohne Job dürfen sie nicht bleiben.

Doch eben: Auch in einer Rezession sind Stellen zu besetzen. Und die Frage ist, wer den Vorzug haben soll. In der Verfassung steht jetzt «Schweizerinnen und Schweizer». Das ist ein Sammelbegriff für den Schweizer Arbeitsmarkt.

Fallen darunter auch Niedergelassene mit C-Ausweis?

Ja sicher. Gemeint sind alle Vermittlungsfähigen in der Schweiz. Im alten Ausländergesetz nannte man sie «Inländer».

In der Verfassung steht aber seit Sonntag, zuerst Schweizer dann Ausländer.

«Niedergelassene» ist nicht ein Verfassungsbegriff. Gemeint sind alle «Inländer», die vermittelbar sind, nicht Schweizer Bürger. Auch der Bundesrat hat dies im Abstimmungsbüchlein erwähnt.

Das heisst, dass etwa Deutsche mit B-Ausweis vom Kontingent ausgenommen werden?

Wenn sie einen Arbeitsvertrag haben, erhalten sie ohnehin nachher die Aufenthaltsbewilligung. Es soll grundsätzlich das gleiche System gelten wie vor der Einführung der Personenfreizügigkeit. Uns geht es um die Kontrolle der Zuwanderung. Und Firmen, die hierzulande das Personal nicht finden, bekommen die nötigen Bewilligungen, so wie früher mit der Kontingentierung.